HANSESTADT
wismar
WIRTSCHAFT - WISSENSCHAFT
WELTERBE und MEER

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar
PROTOKOLL

Sitzung des Eigenbetriebsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.01.2019,
Raum, Ort:	Raum 28, Am Markt 1, 23966 Wismar
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:25 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Elke Gustke	(SPD)	

Mitglieder

Frau Angelika Jörss	(CDU)	Vertretung für: Herrn Frieder Weinhold
Frau Karin Lechner	(SPD)	
Prof. Dr.Sabine Mönch-Kalina	(FÜR-WISMAR-Forum)	
Herr Sigfried Rakow	(CDU)	
Dr.Gabriele Sauerbier	(DIE LINKE.)	
Frau Maren Teß	(SPD)	
Prof. Dr.Marion Wienecke	(DIE LINKE.)	

Verwaltung

Frau Dagmar Broy	()
Herr Stefan Langer	()
Herr Udo Wäsch	()
Herr Michael Berkhahn	(Senator)

Gäste

Herr René Domke	(FDP)

Herr Heiko Hoffmann	()	

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Herr Tino Schwarzrock	(GRÜNE)	unentschuldigt
Herr Frieder Weinhold	(CDU)	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung durch die Vorsitzende
2	Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
3	Beschlussfassung über die Tagesordnung
4	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.12.2018
5	Müllentsorgung in der Hansestadt Wismar
6	Aktionsplan gegen Vermüllung in einigen Stadtteilen
7	Grünflächenmanagementplan HWI
8	Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil:

---

1 Begrüßung durch die Vorsitzende

Frau Gustke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

---

2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Gustke stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

---

3 Beschlussfassung über die Tagesordnung

Frau Gustke lässt über die Tagesordnung abstimmen.
Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen:	8
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

---

4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.12.2018

Frau Gustke lässt über das Protokoll der Sitzung am 04.12.2018 abstimmen.
Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen:	8
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

---

5 Müllentsorgung in der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2018/2591

Beschlussvorschlag:
Der Bürgermeister wird gebeten, mit geeigneten Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass eine illegale Müllentsorgung durch die Einwohnerinnen und Einwohner aus den Umlandgemeinden auf dem Gebiet der Hansestadt Wismar unterbleibt.

Wortmeldungen:
Herr Rakow, Frau Jörss, Frau Professor Dr. Mönch-Kalina

Herr Rakow trägt kurz zur Vorlage vor. Gemeinsam mit dem Kreis sollen Überlegungen angestellt werden, wie man den illegalen Müllablagerungen aus dem Umland gegenübertreten kann.

Frau Jörss erweitert, dass sich die Mitglieder des Kreistages dafür stark machen sollten.

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina schlägt vor, das Thema insgesamt mit dem TOP 6 zu behandeln. Aus ihrer Sicht gehören Beobachtung und Kontrolle zusammen. Damit sich die Menschen ihrer Verantwortung bewusst werden, muss auch über Strafen gesprochen werden.

---

6 Aktionsplan gegen Vermüllung in einigen Stadtteilen
Vorlage: VO/2018/2627

Beschlussvorschlag:
Die Bürgerschaft beauftragt den Bürgermeister, einen Aktionsplan gegen die Vermüllung in einigen Stadtteilen zu erarbeiten. Dieser sollte folgende Eckpunkte berücksichtigen:

1. Evaluierung von illegalen Müllplätzen und Vermüllungsschwerpunkten in den Stadtteilen
2. Evaluierung der Situation im Umfeld der Müllbehälter
3. Evaluierung der Dichte an Papierkörben in den Problemregionen
4. Präventive Maßnahmen zur Erziehung zur Müllvermeidung in Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen
5. Regelmäßige Kontrollen von illegal entsorgtem Müll und Ahndung mit Verwarn- und Bußgeldern
6. Überprüfung der Intervalle für Abfuhren bzw. Papierkorbentleerung
7. Angebot für Hundebesitzer an Spendern für Hundekot-Tüten und Entsorgungsmöglichkeiten für diese
8. Verbesserung der Reaktionszeiten bei gemeldeter illegaler Müllentsorgung

Wortmeldungen:
Frau Professor Dr. Mönch-Kalina, Frau Lechner, Herr Wäsch, Herr Domke, Frau Teß, Herr Senator Berkhahn, Frau Professor Dr. Wienecke, Frau Jörss, Herr Rakow

Auf den Vorschlag von Frau Professor Dr. Mönch-Kalina fragt die Vorsitzende Frau Gustke, ob Einwände bestehen, die TOP 5 und TOP 6 zusammen zu behandeln. Es gibt keine Einwände.

Frau Lechner pflichtet der Vorrednerin Frau Professor Dr. Mönch-Kalina bei und weist darauf hin, dass für derartige Kontrollen einem Fernsehbericht zufolge in einer anderen Kommune 2 Mitarbeiter eingestellt worden sind.

Herr Wäsch gibt zu bedenken, dass die Iglu-Container auch von Bürgern der Landkreise ordnungsgemäß benutzt werden dürfen, Restmülltonnen und Papierkörbe der Stadt jedoch nicht.

Herr Domke führt zur Vorlage aus, dass es Müllschwerpunkte in der Stadt gibt. Gemeinsam mit dem EVB soll an einem Aktionsplan gearbeitet werden. Z.B. bei der Situation im Umfeld der Müllbehälter wäre aufgefallen, dass es Behälter gibt, die keinen Boden mehr haben. Dann gibt es Iglus, die leer sind und trotzdem liegt der Müll neben den Behältern aber es gibt eben auch volle Behälter, wo der Müll heraus fliegt. Bezüglich der Evaluierung der Dichte der Papierkörbe wäre es wichtig festzustellen, in welchen Intervallen die Abholung erfolgt und wo es Schwerpunkte gibt. Daneben könnten z.B. Müllmänner Schulen und Kitas besuchen und über ihre Arbeit berichten. Es müssen Konsequenzen auf Fehlverhalten folgen. Hierfür können Mitarbeiter eingestellt werden, die solches Fehlverhalten abstrafen. Vorstellbar wäre auch, dass die vorhandenen Politessen auf illegal abgelagerten Müll achten. Auch die Hundekot-Entsorgungsmöglichkeiten sind noch nicht überall optimal. Zudem sind die Raktionszeiten auf die Meldung von illegalem Müll zu lang. Es wäre für eine sinnvolle Evaluierung nützlich zu wissen, in welcher Höhe die Stadt jährlich Kosten aufwänden muss, um den illegalen Müll zu entsorgen. Dieses Geld fehlt nämlich an anderer Stelle z.B. an Kitas und Schulen. Auch ein Banner an den Ortseingängen könnte helfen. Herr Domke verweist auf pfiffig angebrachte Sprüche auf Mülltonnen und Fahrzeugen in Berlin.

Herr Wäsch führt aus, dass im Bürgerpark bereits Veränderungen vorgenommen worden sind (Standorte der Papierkörbe wurde überprüft, größere Papierkörbe angebracht). Mit dem heutigen Personalstand sind umfangreiche Veränderungen in der gesamten Stadt jedoch nicht möglich.

Frau Teß ist ebenfalls der Meinung, dass mit zielgruppengerechten Sprüchen auf das Müllproblem aufmerksam gemacht werden sollte, wie es auch in anderen Städten bereits praktiziert wird. Sie plädiert für praktische Lösungen. Auch ist es nach ihrer Erfahrung bei eigener Hinweisgebung auf unerlaubte illegale Müllablageruing in der Stadt sehr schnell zu Reaktionen gekommen. Den Vorschlag, dass die Politessen den illegalen Müll ahnden, sieht sie als schwierig an.

Herr Wäsch gibt weiterhin zu bedenken, dass eine bloße Feststellung der Müllplätze nur eine Zahl darstellt und keine weitere Aussagekraft besitzt.

Herr Domke würde es gerne sehen, wenn der EVB in einem Bericht die Müllplätze/Müllgefäße/Containerstellplätze zusammenfasst und zwar nicht nur der Innenstadt, sondern in der gesamten Stadt. Anhand dieser Zahlen könnte dann der Stellenplan angepasst werden. In diesem Bericht sollten weiterhin die Kosten der Beseitigung von illegalem Müll geschätzt werden.

Herr Wäsch erläutert, dass oft Müll in den Wohnblockgebieten gefunden wird. Diese Grundstücke sind jedoch privat, so dass der EVB dort keine Handlungsmöglichkeit hat.

Frau Teß verweist in diesem Zusammenhang auf Bushaltestellen, an denen Behälter fehlen, andenen Raucher ihre Zigarettenkippen entsorgen können.

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina möchte erklärt bekommen, was dagegen spricht, dass der Ordnungsdienst der Stadt auch nach illegalem Müll/ Zigarettenkippen schaut. Es sollte auch öffentlich bekannt gegeben werden, dass Fehlverhalten abgestaft wird.

Herr Senator Berkhahn entgegnet, dass das Hauptproblem darin besteht, den richtigen Verursacher zu finden. Nur ganz selten kann bei illegalem Müll der Verursacher ermittelt werden. Die Verwarngeldstrategien in der HWI sind derzeit so, dass zunächst eine Vornotierung vorgenommen wird und erst nach einem weiteren Rundgang abgestraft wird. Diese Strategie würde durcheinander gebracht werden, wenn die Politessen auch noch illegalen Müll abstrafen sollen.

Frau Professor Dr. Wienecke hält jedoch an der Kontrolle als probates Mittel fest.

Herr Senator Berkhahn fasst nochmals zusammen, dass das Verfahren bei der Ahndung von illegalem Müll ein anderes ist als bei der Ahndung von Parkvergehen. Wichtig sei aber, ein anderes Verständnis in der Bevölkerung für die Stadt und deren Sauberkeit hervorzurufen.

Herr Domke ist der Überzeugung, dass allein die Androhung von Kontrollen und Strafen (wie z.B. bei der Hundesteuer) eine Veränderung bringen könnte.

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina erklärt, dass die Ausschussmitglieder in der nächsten Zeit als „Müllbotschafter" fungieren sollen. Sie können eine gesteigerte Aufmerksamkeit auf die Sauerbeit in unserer Stadt legen und Ideen sammeln, was verbessert werden könnte und wie. Im März könnte es dazu eine Auswertung geben.

Herr Domke möchte in der nächsten Ausschusssitzung die Anzahl der Iglus/ Papierkörbe erfahren und wieviele davon beschädigt sind. Er weist auf die Sinnhaftigkeit von Metalleinsatzkörben für Zigaretten hin. Zudem könnten Banner an die Ortseinfahrten mit Hinweis auf eine saubere Stadt angebracht werden. Im Stadtanzeiger könnten ebenfalls Anzeigen zur Sauberhaltung geschaltet werden. Und ganz wichtig ist ihm die Kostenschätzung der illegalen Müllentsorgung.

Frau Jörss wird gefragt, ob damit auch ihre Vorlage genügend berücksichtigt worden ist. Dies wird verneint, da es Frau Jörs darauf ankam, dass die Abfuhrhäufigkeit in den Abfallsatzungen der HWI und des Landkreises identisch gestaltet werden.

Herr Senator Berkhahn stellt nochmals klar, dass die Satzungen nur den Restmüll regeln. In der gesamten Diskussion ging es aber um Müll der in die Iglus gehört (z.B. Glas, Pappe u.s.w.). Dies wird aber nicht in den Satzungen geregelt.

Herr Rakow stellt fest, dass es sich um ein schwieriges Thema handelt. Die eigentliche Abfallabfuhr durch den EVB klappt in der Hansestadt sehr gut. Er ist ebenso der Meinung, dass bei Feststellung von illegalen Ablagerungen die Bürger angesprochen werden sollten. In den Schulen und in der Zeitung könnten Appelle geschaltet werden, Verbote werden wohl nicht helfen. Vielleicht würde auch die freie Einsehbarkeit der Iglus-Standorte dazu verhelfen, dass die Stelleplätze sauberer sind.

Abschließend gibt Frau Professor Dr. Mönch-Kalina zu bedenken, dass noch nicht klar ist, welche Art von Müll überhaupt gefunden wird. Deswegen ist eine Evaluierung zwingend notwendig.

Frau Gustke beendet diesen TOP.

---

7 Grünflächenmanagementplan HWI Vorlage: VO/2018/2694

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, bis Ende 2018 einen verbindlichen Grünflächenmanagementplan vorzulegen.

Wortmeldungen:
Frau Professor Dr. Mönch-Kalina, Herr Senator Berkhahn

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina erläutert zur Vorlage, dass nicht ein Grünflächenkataster gemeint ist, sondern ein Grünflächenmagementplan. Das Kataster ist allenfalls ein Teil des Plans und geht über die bloße Erfassung der Grünflächen u.s.w. hinaus. Hier soll dargestellt werden, was angepflanzt worden ist, welche Pflege notwendig ist, stimmt der Sichtschutz und Weiteres. Frau Professor Dr. Mönch-Kalina schlägt vor, zunächst das Kataster zur Kenntnis zu nehmen und danach Ableitungen zu ziehen.

Herr Sentor Berkhahn ist der Ansicht, dass das was aus dem Schreiben von Herrn Frank im Bauausschuss gewünscht wurde, nicht leistbar ist. Es gibt in der Hansestadt bereits detaillierte Ablaufpläne zur Grünflächenpflege. Optimierungen sind immer möglich. Im Übrigen ist Herr Senator Berkhahn der Meinung, dass die Bürgerschaftsmitglieder mit den Beschlüssen zum B-Plan die Begrünung der Stadt maßgeblich beeinflussen und festlegen. Herr Senator Berkhahn verweist darauf, dass für 2018 ca. 130.000 € zusätzlich für die Grünflächenunterhaltung im Plan veranschlagt wurden. In der nächsten Ausschusssitzung wird darüber Auskunft gegeben, was damit gemacht worden ist.

Frau Gustke beendet die Diskussion.

---

8 Sonstiges

Es wird nichts vorgetragen